

Red Hand Day 2015

Pressekonferenz

Berlin, 12. Februar 2015

Statement

Ralf Willinger

terre des hommes Deutschland e.V.

Deutsches Bündnis Kindersoldaten

Kleinwaffen und Kindersoldaten

»Mein Gewehr war wie eine Mutter zu mir, es war immer da und hat auf mich aufgepasst«, hat mir ein ehemaliger Kindersoldat in Kolumbien gesagt. Es ist eine traurige Realität aus allen Kriegsgebieten der Welt, dass bewaffnete Gruppen zur Ersatzfamilie von Kindern werden oder Waffen zum Mutterersatz. Nach wie vor werden in etwa 20 Ländern der Welt Kinder als Soldaten ausgebeutet.

Besonders traurig daran aus deutscher Sicht: **In vielen Fällen ist das Gewehr, das die Kinder einsetzen müssen, ein deutsches Fabrikat**, beispielsweise das G3 von Heckler und Koch.

»G3 is a very popular arm. You can bury it, hit it, shake it off - and it works. People prefer the German weapons because they are stronger, better. They have more impact – it destroys more.« (Ishmael Beah, ehemaliger Kindersoldat aus Sierra Leone, Berlin, 2012)

Überflutung von Krisengebieten mit deutschen Waffen

Kleinwaffen – u.a. Sturmgewehre, Maschinengewehre und Maschinenpistolen – gelten als »Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts« (Zitat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon). Deutschland ist zweitgrößter Lieferant dieser Waffen weltweit, Heckler & Koch der Marktführer in Europa. **Nach der Kalaschnikow ist das G3 von Heckler & Koch mit 10 Millionen Exemplaren das am weitesten verbreitete Sturmgewehr der Welt.** Es wurde nach Angaben der Bundesregierung in mehr als 80 Länder offiziell geliefert. Außerdem wird oder wurde es in mindestens 15 Ländern in Lizenz produziert, heute beispielsweise immer noch in Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und der Türkei, die es an Kriegsparteien liefern.

In Saudi-Arabien wurde mit Genehmigung der Bundesregierung in 2011 außerdem eine komplette G36-Produktionsanlage von Heckler & Koch aufgebaut. Das G36, die Weiterentwicklung des G3, wiegt gerade mal 3,6 Kilo, auch Kinder können es gut tragen. **Die Folgen dieser Überflutung von Krisengebieten mit deutschen Waffen ist fatal: Allein mit Waffen von Heckler & Koch sterben Schätzungen zufolge mehr als 100 Menschen pro Tag.**

Exporte in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und Kindersoldaten

Der aktuelle Rüstungsexportbericht der Bundesregierung weist aus, **dass 2013 mehr sogenannte »Kleinwaffen« aus Deutschland exportiert wurden als je zuvor**, nämlich im Wert von 83 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung von 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr und **15 mal mehr als der Wert von 1996 – die Regierung**

Kohl war also deutlich restriktiver beim Kleinwaffenexport. **Mehr als die Hälfte der Kleinwaffenexporte gehen 2013 in sogenannte Drittländer (Länder außerhalb der EU und NATO), ebenfalls ein neuer Negativrekord!**

Hauptimporteur deutscher Kleinwaffen im Jahr 2013 ist die für massive Menschenrechtsverletzungen bekannte Regierung Saudi-Arabiens, die 18.200 Sturmgewehre im Wert von 35 Millionen Euro erhält. Saudi-Arabien beliefert nach eigenen Angaben islamistische Gruppen in Syrien mit Waffen, von denen durch UN-Berichte bekannt ist, dass sie Kindersoldaten einsetzen. Auch Gruppen wie IS (Islamischer Staat) sind von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei mit Waffen beliefert worden, alles drei Länder, die wiederum seit langem große Mengen an Waffen von Deutschland importieren.

Auch für Länder wie Kolumbien, Pakistan oder Indien wurden 2013 Waffenexporte genehmigt. In allen drei Ländern setzen bewaffnete Gruppen Kindersoldaten ein, wie zum Beispiel der aktuelle Bericht des UN-Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten belegt. In Kolumbien wurden deutsche G3 sowohl bei der FARC-Guerilla als auch bei den rechtsgerichteten Paramilitärs gefunden, beide setzen systematisch Kinder als Soldaten ein und begehen viele weitere massive Kinderrechtsverletzungen.

Das Beispiel Indien

In Indien gibt es in 17 von 29 Bundesstaaten bewaffnete Konflikte zwischen staatlichen Sicherheitskräften und diversen bewaffneten Gruppen. **Die von terre des hommes herausgegebene Studie »Kinder im bewaffneten Konflikt in den Bundesstaaten Manipur und Assam in Nordostindien« dokumentiert massive Kinderrechtsverletzungen, sowohl von den nichtstaatlichen Gruppen als auch von der indischen Armee.** Beide Seiten rekrutieren Kinder, töten Kinder in Gefechten, es kommt zu Vergewaltigungen, die Zivilbevölkerung wird gewaltsam vertrieben, so dass Kinder monate- und jahrelang in heruntergekommenen Flüchtlingslagern leben müssen, oft ohne Gesundheitsversorgung und Möglichkeit, die Schule zu besuchen. Immer wieder kommt es von Seiten der indischen Armee zu willkürlichen Verhaftungen von Kindern, die dann der Öffentlichkeit als vermeintliche oppositionelle Kämpfer präsentiert und inhaftiert werden, in manchen Fällen für mehrere Jahre.

Deutscher Rüstungsexportpolitik ist nicht restriktiv

Alleine die riesige Menge an exportierten Waffen und die Vielzahl an Empfängerländern verdeutlichen: Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist nicht

restriktiv. Auch diese Zahl weist darauf hin: Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden im Jahr 2013 gerade einmal 0,4 Prozent der Anträge abgelehnt.

Es ist ein Fakt, dass die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 und der Gemeinsame EU-Standpunkt zu Rüstungsexporten 2008 nicht eingehalten werden. Sie sind zu unverbindlich, haben keinen Gesetzesrang und können deshalb nicht eingeklagt werden.

Ein Beleg für die Nichteinhaltung: Obwohl in beiden Richtlinien die Achtung der Menschenrechte im Empfängerland vorgeschrieben ist und Lieferungen in Länder mit bewaffneten Konflikten unterbleiben sollen, **genehmigte die Bundesregierung alleine im Jahr 2013 Rüstungsexporte in 63 Länder mit sehr schlechter Menschenrechtslage und in 34 Länder mit internen bewaffneten Konflikten im Land.** (Quelle: GKKE-Rüstungsexportbericht, BICC)

Forderungen

- Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten und seine zwölf Mitglieder fordert deswegen dringend ein **Rüstungsexportgesetz**, in dem **Waffenlieferungen in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und bewaffneten Konflikten verboten** sind, insbesondere wenn in diesen Ländern **Kindersoldaten eingesetzt** werden. Dies hat auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes 2014 von Deutschland gefordert.
- **Deutsche Kleinwaffenexporte an sogenannte Drittländer** (außerhalb NATO und EU) sollten **grundsätzlich verboten werden**, weil sie verheerende Wirkung auf Zivilisten haben und die Verwendung der gelieferten Kleinwaffen nicht ansatzweise kontrolliert werden kann – u.a. wegen ihrer langen Lebensdauer (30 bis 50 Jahre) und leichten Möglichkeit der Weitergabe.
- **Waffenproduktionslizenzen sollten grundsätzlich überhaupt nicht mehr vergeben werden**, denn die daraus folgende Waffenproduktion vor Ort ist überhaupt nicht zu kontrollieren – und dies über Jahrzehnte, wie die G3-Produktionslizenzen an Iran (1967), an Saudi-Arabien (1969) oder an Burma (80er Jahre) zeigen, wo die G3-Produktion bis heute läuft – in manchen Fällen heute gegen den Willen der Bundesregierung.
- **Hermesbürgschaften für Rüstungsgeschäfte sollte es grundsätzlich nicht mehr geben.** Denn in manchen Fällen werden die Deals erst dadurch

ermöglicht, dass die Risiken des hochprofitablen Waffengeschäfts mit deutschen Steuergeldern abgedeckt werden.

Fazit

Die Bundesregierung muss dringend ein Rüstungsexportgesetz erlassen und Kleinwaffenlieferungen an die sogenannten Drittstaaten – Länder außerhalb von EU und NATO – sofort stoppen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat eine Kehrtwende in der deutschen Rüstungsexportpolitik versprochen, die Bundesregierung und er sind in der Pflicht. Neue Erkenntnisse dazu wird der kommende Rüstungsexportbericht der Regierung für 2014 zeigen.